



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des
Finanzausschusses
Herrn Martin Börschel

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 20.10.2008

AN/2057/2008

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Finanzausschuss	10.11.2008

Auswirkungen der weltweiten Finanzkrise auf den Kölner Haushalt

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Börschel,

ich bitte Sie folgende Anfrage auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Finanzausschusses zu setzen und zu beantworten:

Durch die weltweite Finanz- und Bankenkrise gibt es auch in Deutschland diverse Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte. Dutzende nordrhein-westfälischer Städte und Gemeinden sind zum Beispiel bekanntlich über die amerikanische AIG versichert. Doch nachdem der weltgrößte Versicherungskonzern in den vergangenen Wochen kurz vor der Insolvenz gestanden hatte, müssen die erwähnten nordrhein-westfälischen Städte nun mit einer hohen Wahrscheinlichkeit neue Policen abschließen. Den sowieso schon sehr klammen Kommunen stehen demzufolge neue, völlig unerwartete, immense Kosten ins Haus.

Auf eine Reihe von nordrhein-westfälischen Städten kommen nicht mehr zu kalkulierende Risiken aus der Finanzkrise in den Vereinigten Staaten zu. Die betreffenden Städte hatten allesamt sogenannte Cross-Border-Leasing-Geschäfte abgeschlossen. Dabei wurde städtisches Eigentum, wie etwa Kanalnetze, Straßenbahnen oder gar Müllverbrennungsanlagen etc. an amerikanische Fonds verkauft und direkt zurückgepachtet.

Die entsprechenden Verträge wurden ebenfalls u.a. von der US-Versicherung AIG abgesichert. Diese steht vor dem wirtschaftlichen Ruin. Folglich müssen die Städte nun neue Versicherungspolicen für die Leasing-Verträge abschließen. Hierbei dürften die Prämien gerade in Anbetracht der weltweiten Finanzkrise im zweistelligen Millionenbereich liegen.

In Köln gab es bereits erste konkrete Auswirkungen auf die Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln. Insgesamt 23 Millionen Euro hatte die Zusatzversorgungskasse (ZVK) bei der Pleitebank Lehman Brothers angelegt. Sechs Millionen Euro davon sind bereits verloren. Bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln (ZVK) sind 33.778 Mitarbeiter der Verwaltung und der städtischen Tochterfirmen für eine Betriebsrente versichert. Diese sechs Millionen Euro wurden in "Inhaberschuldverschreibungen" angelegt. Dafür gibt es zwar höhere Zinsen - aber eben auch das Risiko des totalen Verlustes bei Konkurs der Bank.

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Bei welchen privaten Geschäftsbanken hat die Stadt Köln ihr Geld angelegt?
2. Sind bei weiteren Bankenpleiten zusätzliche Verluste für die Stadt Köln möglich?
Wenn ja: In welchem Umfang?
3. Bei welchen Versicherungen hat die Stadt Köln ihre sogenannten Cross-Border-Leasing-Geschäfte abgesichert?
4. Sind bereits finanzielle Schäden bei der ggf. Neuversicherung dieser Cross-Border-Leasing-Geschäfte entstanden? In welcher Höhe könnten noch finanzielle Verluste im Rahmen der Versicherung dieser Cross-Border-Leasing-Geschäfte entstehen?

gez.

Judith Wolter, Markus Wiener